Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD

Angehörigen Info

C 10190 D 25.2.1993 Preis: 1,20 DM **113**

Brief von Knut Folkerts, Gefangener aus der RAF

7. Januar 1993

der brief von kh (Karl-Heinz Dellwo) von anfang november hatte eine bestimmte funktion. wir hatten zuvor mehrfach öffentlich gesagt, daß wir die zustimmung zu anhörungsverfahren bzw. anträgen von der freilassung von bernd (Bernd Rößner) abhängig machen. das zog sich über monate. dann kam die entscheidung zur „haftaussetzung", im gegensatz zu der zusage von weizsäcker im sommer, bernd über „begnadigung" freizulassen.

wir hatten uns vorgenommen, daß alle gefangenen, die über 15 jahre inhaftiert sind, gemeinsam anträge stellen und eine erklärung rausgeben, damit klar wird, wie wir die situation sehen, was wir machen und was nicht. die wollten wir in celle und in lübeck namentlich unterschreiben; auch gegenüber der absichtlich diffusen namensnennung durch den apparat zu anfang des jahres, wo z. b. christa (Christa Eckes) genannt wurde, die im juli mit endstrafe entlassen werden mußte, und willkürlich einige namen vorkamen und andre nicht, was von den medien staatsschutzhörig reproduziert wurde. im kontext der forderung nach einer gesamtlösung, wie wir das in allen unseren öffentlichen äußerungen dieses jahr vertreten haben, sollte damit die teilforderung nach sofortiger freilassung der am längsten inhaftierten konkretisiert werden.

die rücknahme der zusage zu bernd brachte zum punkt, daß die politische ebene die bestimmung dem apparat überläßt, der natürlich erst recht nicht die entscheidungen trifft, zu denen die politik nicht willens ist, und somit alle möglichkeiten zu einer änderung in der gefangenenfrage — was substantiell nur heißen kann: alle gefangenen aus raf und widerstand freizulassen — aufgefressen wurden.

auch wenn sich darin die fortsetzung des alten zeigt, haben wir entschieden, die anträge zu stellen. sie könnten sonst behaupten, es läge an den gefangenen, daß sich praktisch nichts tut.

da für den 7.12.92 das anhörungsverfahren für kh und lutz (Lutz Taufer) terminiert war (ohne antrag), mußten wir uns unmittelbar verhalten. mit dem brief von kh, statt einer gemeinsam unterschriebenen erklärung von lübeck und celle, haben wir das der entwicklung entsprechend tiefer gehängt. der anlaß war kein grund für lange politische erklärungen. mehr als eine kurze erklärung würde nirgendwo abgedruckt. ursprünglich wollten wir uns ausführlicher äußern, wir haben es dann aufs wesentliche gekürzt — in hinblick auf den anhörungstermin. eine kurze chronologie dieses jahres und was wir seit dem hs (Hungerstreik) 89 versucht hatten und demgegenüber die staatliche haltung. dann — um es vorher öffentlich transparent zu machen, was wir in diesen anhörungen sagen und was nicht.

ganz bewußt haben wir darin den satz geschrieben, daß keine/r zum bewaffneten kampf zurückkehrt — von uns begründet im zusammenhang, um es nicht der gegenseite zu überlassen, diese einfache tatsachenfeststellung aus dem zusammenhang zu reißen und ihren propagandainhalt draufzudrücken: „haben (der gewalt) abgeschworen", wie sie es bei günter (Günter Sonnenberg) gemacht haben und immer machen werden. so haben sie auch den brief in den medien definiert, aber jede/r interessierte hatte die möglichkeit, ihn ganz (in *fr* und *taz*) nachzulesen. einige reaktionen, wie wir sie von draußen aus einer bestimmten scene mitbekommen haben, zeigen, wie bestimmend die definitionsmacht der staatsmedien über ihre wahrnehmung und ihr denken ist.



Knut Folkerts

natürlich kann man in der kürze den bezug zur gegenwärtigen gesellschaftlichen lage nur minimal herstellen — was sich am beispiel von irmgard abbildet, nach 21 jahren, vietnam, raf ... und wie es die ganze situation jetzt betrifft: die innere faschisierung, die kriegstreiberei nach außen.

aber wir können weder als gefangene noch in solch einer erklärung lösen und umkehren, daß „alles, was links ist, im rückzug ist". der brief ist doch nicht das einzige, was von uns dieses jahr kam. noch nie haben wir so viel öffentlich gesagt, von allen gefangenen wohl am meisten. diese möglichkeit wurde uns nicht geschenkt, sie ist auch nicht einfach länderunterschied. wir haben sie uns erkämpft. zum beispiel mit einem hungerstreik 1991, wofür wir noch monatelang heftig kritisiert wurden.

wir haben diese möglichkeit genutzt, aus der kleingruppe. lieber wäre mir natürlich, nach einer gemeinsamen umfassenden diskussion mit allen gefangenen sich zu äußern. aber wir würden uns selbst handlungsunfähig machen, wenn die zusammenlegung voraussetzung für öffentliche äußerungen und für politisches verhalten wäre. es ist ein widerspruch, in dem wir uns bewegen müssen.

von lübeck gibt es das tv-interview und irmgard im *spiegel*. wir haben das *konkret*-gespräch gemacht, das *premiere*-tv-interview, mit dem ndr ein tv- und radiointerview, von mir gibt es ein tv- und ein ausführliches radio-interview eines holländischen senders.

zwangsläufig sind auch diese inhaltlich und zeitlich beschränkt und teils

Aus dem Inhalt

stark zusammengeschnitten, aber noch nie haben wir so viel in massenmedien sagen können (und wir hatten als hörer nicht ein linkes plenum im kopf) — was nicht zu unterschätzen ist, wie es jahrelang gemacht wurde, wo eine figur wie boock das bild über uns prägte.

wir haben gute reaktionen erfahren, die unverstellte wahrnehmung von menschen aus unterschiedlichsten bereichen, auch gerade aus der ex-ddr, ebenso in holland, und deren direkte äußerung: die müssen raus, wir wollen die gefangenen draußen bei uns haben. schon allein dies bestätigt, daß es gut war, das zu machen, auch wenn ich mit manchem nicht zufrieden war. das haben wir nicht mit links gemacht, aus der situation zweimal nicht. zuvor hatten wir alles mögliche überlegt. ja, und dann bist du in dieser verrückten umgebung, in der früher jeder satz, jede äußerung zensiert und oft einfach „angehalten" wurde, und die kamera läuft.

wenn man diese anwürfe jetzt gegen uns ansieht, fällt auf, daß sie völlig jenseits von konkretem handeln in konkreter situation liegen und keine logik haben: was hätten wir stattdessen und besser machen sollen? die anhörung auf uns zukommen lassen?

es wird nicht nur negiert, was ich gesagt habe, was wir insgesamt geäußert haben — die eigene begriffslosigkeit wird einem draufgesattelt. wer hat auf eine *„vernünftige* fraktion im staat *gesetzt"*? wer sprach von einer *„spaltung* innerhalb des apparates", von einer *„weichen* und harten linie, *woraus* sich chancen für die freilassung ergäben"?

im *konkret* sage ich genau das gegenteil:

es gibt keine teile im apparat, die mit gesellschaftlichen widersprüchen anders umgehen. alles hängt von gesellschaftlichen kämpfen ab, in denen sich entscheiden wird, wie politisch raum für alle existentiellen fragen eröffnet werden kann und wie der herrschende konsens zu schleifen ist. — und

was die gefangenen betrifft: es gibt fraktionierung in den apparaten, die wir aber nicht überschätzen, denn es geht denen, die nach neuen wegen suchen, ums gleiche ziel. aber kinkels äußerungen sind — wie auch immer — ein politischer ausdruck dieser widersprüche, die lange herangereift sind. und —

das wort versöhnung ist völlig falsch. die widersprüche sind antagonistisch, sie haben uns hervorgebracht, und sie werden auch in zukunft antagonistisch bleiben. die raf hat in ihrer erklärung offen gemacht, in welchen formen und in welcher schärfe die widersprüche ausgetragen werden. — und

sie wollen uns und unsere geschichte nach wie vor auslöschen.

schon diese wenigen stellen widerlegen die unterstellungen. wenn von unterschieden in den apparaten die rede ist, dann von jenen zwischen: nichts wie drauf und weiter so wie bisher, und anderen, die mit flexibilität zum selben ziel gelangen wollen. —

„daraus" ergibt sich gar nichts. aber offensichtlich ist das verständnis schon überfordert, zwei widersprüchliche gesichtspunkte auf die reihe zu bekommen: daß der apparat nicht homogen ist und daß er sein vorgehen, wie in der kgt zusammengefaßt, gemeinsam abstimmt und bestimmt. widersprüche in jedem fall nur für eine mobilisierung in unsre richtung genutzt werden können.

es geht aber gar nicht um diese oder jene einschätzung, wie sie jetzt zum problem gemacht werden in diesem verwahrlosten umgang mit „argumenten", der viel von den eigenen problemen verrät, nicht aber davon spricht.

ich kann mir das nur mit blinder, alles verkehrender reaktion auf die herrschende macht erklären. ohnmacht angesichts der wirklichkeit, wie sie sich im laufe des jahres noch verdichtet hat:

in der freilassung der gefangenen nicht weitergekommen zu sein. kein durchkommen irgendwo. im gegenteil — staat und nazis, reaktionäre und rassistische bevölkerungsteile bestimmten öffentlichkeit und alltag. die linken sind handlungsunfähig und gesamtgesellschaftlich weitgehend bedeutungslos. alles, worauf linke politik sich gründete, löst sich auf.

nur aus dieser defensive und perspektivlosigkeit ist es zu erklären, daß sich welche von einem *taz*-kommentar auf die rolle schicken lassen, der kinkels äußerungen ummünzen will in eine „neue zivilität" der brd.

es ist so, als kämen alle kinderkrankheiten dieser linken zugleich zum ausbruch, je weniger es werden. auffallend die weigerung, selbst zu denken und zu handeln. statt selbst eine initiative zu ergreifen und zu entwickeln, was gewiß nicht einfach ist, muß stattdessen schuld verteilt werden und argumentativer wirrwarr angerichtet, was einfacher ist. daß solche verhaltensweisen draußen drinnen eine entsprechung haben und sich gegenseitig bestätigen, ist auch nicht neu. das war schon bei den antiimpi-zeiten der fall, für die heute keine/r mehr verantwortlich sein will.

gerade diejenigen, die im laufe des ganzen jahres mit nichts aufgefallen sind, stellen sich jetzt hin: es war sowieso nichts anderes als counter! und wollen und belehren, daß der staat nur seine interessen verfolgt. eine umwerfende neuigkeit.

als anfang 91 kinkel die freilassung von gefangenen aus der raf öffentlich thematisierte (natürlich aus staatlichem interesse und mit ihren zielsetzungen — was denn sonst?!), war das schon mal die erste kritik, an uns und an den linken, die nicht selbst zu einer initiative fähig waren, die nach zwei jahrzehnten diese frage politisch auflädt und eine mobilisierung daran entwickelt.

tagelang war es ein topthema in den medien. von unsrer seite wurde dies nicht genutzt, was voraussetzt, rechtzeitig uns zu äußern. *dadurch* war und blieb der staat subjekt.

unsre trennung voneinander und die extremen bedingungen für die meisten sind ein grund dafür. aber so sind sie, und sie werden uns nichts schenken.

so blieb es im öffentlichen raum hängen, wie *sie* es bestimmt und serviert hatten. so konnte für uns nicht gewendet werden, daß die thematisierung einen politischen charakter hatte, wie er auch in der öffentlichen wahrnehmung, in allen zeitungskommentaren begriffen wurde. so konnten sie die politische dimension wieder zurücknehmen und mit „normalem verfahren" überlagern.

damit wir nicht auf eine offene medienlage stoßen und den politischen und materiellen inhalt durchsetzen können, haben sie das ganze erst nach zehn tagen gestoppt. aber von uns kam nichts. wir hier haben darauf gedrängt, es waren andre, die auf „abwarten" setzten. die erklärungen von unsren anwälten und den angehörigen konnten das nicht ersetzen.

„die spitze der bonner koalition hat am mittwoch verabredet, die öffentliche debatte um die freilassung von inhaftierten terroristen der rote armee fraktion zu beenden. die im koalitionsgespräch beschlossene offizielle sprachregelung, die regierungssprecher vogel mitteilte, lautet: ‚die koalitionspartner stimmten überein, daß die inhaftierten terroristen die absolut gleiche behandlung nach geltendem recht und gesetz erfahren wie alle anderen rechtskräftig verurteilten.' es gebe also keine bevorzugung. ansonsten wurde auf die offizielle zuständigkeit der gerichte und der bundesländer verwiesen." *sz* 9. 1. 92

erst nach der erklärung der raf vom 10. 4. 92 gab es eine kurze, die irmgard (Irmgard Möller) im namen aller raf-gefangenen veröffentlichte.

danach haben wir hier (und in lübeck) die interviews gemacht, haben wir uns aus unsren möglichkeiten artikuliert, was aufwendiger war, wie es erscheinen mag, denn bis zuletzt war es ein gezerre, ob und wie es möglich wird. wir wollten uns als konkrete personen vermitteln: wer wir sind, woher wir kommen, wie unsre situation war und wie sie insgesamt ist, wofür wir kämpfen . . . —

wir haben die freiheit für alle gefangenen aus raf und widerstand verlangt, die sofortige freilassung der haftunfähigen, besonders bernd, die freilassung der am längsten inhaftierten (die sofort möglich ist) und die zusammenlegung der anderen bis zu ihrer entlassung in ein bis zwei jahren.

schon seit jahren sprechen wir davon, daß es nach dieser zeit um die freiheit gehen muß. damit sind wir nicht selten auf merkwürdige reaktionen gestoßen, die von einem verinnerlichten naturverständnis des herrschenden status quo sprechen, jene „anerkennung des staatlichen gewaltmonopols", das welche bei uns befürchten.

nachdem die „freilassung" von staatsseite gegriffen wurde, können wir nicht mit der zl-forderung antworten. auf der höhe der zeit (wenn auch schon wieder hinterher) hieß, eine gesamtlösung zu verlangen, kriterien und konkrete schritte zu benennen und selbst bewegung dafür zu schaffen, indem diese frage mit der gesellschaftlichen situation und ihren kämpfen verbunden wird, die auch ihr ursprung ist.

wir wissen, es war beschränkt, was wir hier machten. television ist ein flüchtiges medium, und es kann unsre inhaltliche auseinandersetzung nicht ersetzen. aber wenn sich mehr eingebracht hätten, wie es einige draußen auch immer wieder gemacht haben, aber zu wenige, um die angelegenheit ins laufen zu bringen, sie inhaltlich mehr und mehr auszufüllen und damit politischen boden gewinnen, dann sähe es heute ein stück anders aus.

unser manko als gefangene sehe ich darin, daß wir ab januar öffentlich nicht präsent waren, als *über* uns gesprochen wurde. und auch anschließend nicht, bis heute.

nicht die erklärungen der raf von diesem jahr haben die herrschenden in ihrer unnachgiebigen haltung bestärkt. was sie als reaktionen von drinnen und draußen mitbekamen, zeigte ihnen, daß sie raum und zeit haben.

die fähigkeit zur selbstkritik drückt für mich innere stärke aus (jedenfalls im ergebnis eines anstrengenden prozesses). die texte der raf von diesem jahr sind kritische reflexionen der eigenpraxis im zusammenhang der gesellschaftlichen und staatlichen entwicklung, so tiefgehend und umfassend, wie es sie zuvor nicht gab. die raf heute kann nur für die zeit ab 1984 sprechen, und was am frontkonzept aus 82 zu kritisieren ist, nur soweit leisten, wie sie es fortgesetzt haben.

das beispiel der raf könnte anregung sein für viele andere, ihre sicht und erkenntnis der vergangenen phase einzubringen, um alle aspekte bewußt zu haben. für ein gemeinsames begreifen der fehler (ihrer subjektiven und objektiven bedingungen) und der stärken, um konsequenzen zu ziehen für die nächste phase, die schon „ohne uns" vom system aus begonnen hat. die neubildung einer emanzipatorischen kraft wird es nicht ohne kritische durcharbeitung der vergangenen 25 jahre geben. man kann das verschleppen. aber dann verliert man alles: auch die produktive kraft von kritik, die im begreifen von fehlern liegt.

die gegenwärtige blockade hat einen wesentlichen grund in der weigerung zur (selbst-)kritischen untersuchung der vergangenheit, der man sich ganz stellen muß, will man sie in etwas neuem aufheben.

wenn die linken zeitgleich mit dem system in die krise fallen, kann etwas nicht stimmen. denn die systemkrise müßte sie doch bestätigen und bestärken, da sie doch angeblich etwas ganz anderes wollen. diese gleichzeitigkeit, deren zwangsläufiges resultat faschisierung bedeutet, bringt ans tageslicht, daß die linken basisbegriffe die systemgrundlage teilen und nie verlassen haben. die historisch beispiellose krise der waregeld-vergesellschaftung ist mit dem bisherigen begriffestandard nicht zu identifizieren und auch keine vorstellung zu gewinnen, wie die verhältnisse revolutionär aufzuheben sind. unterhalb der wertekritik läuft nichts mehr weiter. dies verlangt, den ganzen alten begriffsschrott abzuklopfen, der zu nichts geführt hat, als jetzt weitgehend hilflos vor der entgrenzten destruktion des globalisierten wertverhältnisses zu stehen mit dessen ungeheuren menschlichen verlusten.

um den herrschenden verhältnissen die melodie ihrer eigenen widersprüche vorspielen zu können, um die verhältnisse zum tanzen zu bringen, muß man diese widersprüche erst mal erfassen, also begrifflich und theoretisch, um daraus wirksame praxis zu entwickeln. darin liegt der zweite grund der blockade.

Soll wieder ein politischer Mord vertuscht werden?

Presseerklärung des Bundesvorstands der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend SDAJ, Leverkusen, 6. 2. 93

Unser Genosse Olaf Heydenbluth aus Suhl ist tot. Er war 23 Jahre alt. Ein Freund fand ihn am Mittwochmorgen, den 3. 2., mit einer Kopfverletzung und einem Gürtel um den Hals am Boden seines Badezimmers. Wir sind uns sicher, daß es kein Selbstmord war.

Wenige Stunden vor seinem Tod traf er noch Verabredungen, er war voller Pläne. Aber für die Polizei ist, ohne Untersuchung, alles klar — Selbstmord. Obwohl alles darauf hindeutet, daß kurz vor seinem Tod jemand in seiner Wohnung war[1] — aber die Polizei forscht nicht nach. Olaf lebte seit längerem in einem Stadtteil, in dem Faschisten dominieren — er wurde mehrfach bedroht — die Polizei ermittelt nicht. Bis vor kurzem lebte Olaf aus Furcht vor Überfällen nicht in seiner Wohnung — danach trommelten Nazis gegen seine Wohnungstür: „Dich kriegen wir auch noch — du rote Sau." die Polizei fragt nicht nach dem Wer: Seine Freunde werden nicht befragt und seine Wohnung nicht versiegelt. Wir halten einen Mord für wahrscheinlichl. Olaf war als SDAJ-Mitglied und Antifaschist in Suhl bekannt. Er initiierte maßgeblich Bündnisveranstaltungen gegen den Neofaschismus und beteiligte sich an Antifa-Aktionen. Sein Anliegen war immer die Zusammenführung der verschiedenen Kräfte im antifaschistischen Kampf. Wir kannten ihn als einen Menschen, der Optimismus und Lebenslust ausstrahlte.

Die Passivität der Polizei reiht sich ein in der Zurückhaltung der staatlichen Institutionen bei der Bekämpfung nazistischer Gewalt. In Freiburg wurde Kerstin W. mit einer Paketbombe ermordet — die Polizei ermittelt in alle Richtungen — nur Neofaschisten schließt sie aus.

Wir fordern, daß alles für eine umfassende und rasche Aufklärung getan wird. Wir trauern um Olaf und werden seinen Kampf gegen die Nazipest fortführen.

1 Nach Recherchen von ND wurden in Olafs Wohnzimmer ein voller Aschenbecher und Gläser mit Alkohol gefunden; Olaf war allerdings Nichtraucher und hatte seit Wochen keinen Schluck Alkohol getrunken. In einem der Räume der Wohnung befand sich außerdem ein blutgetränkter Lappen.

Am 13. 2. fand in Suhl eine Antifa-Kundgebung zum Gedenken an Olaf Heydenbluth statt. Die Polizei prügelte am Schluß der Kundgebung auf die etwa 1 000 TeilnehmerInnen ein.

Ergänzung zum letzten *Angehörigen Info*

In der letzten Ausgabe schrieben wir, daß Michael Dietiker und Bernhard Rosenkötter, Gefangene aus dem antiimperialistischen Widerstand, am 26. 2. freikommen werden. Sie werden nicht nach 2/3 entlassen, sondern nach den vollen fünf Jahren, zu denen sie im Juni 1989 verurteilt wurden. (d. Red.)

Hausdurchsuchung bei H. in Heidelberg

Am 5.2.1993 fand bei H. in Heidelberg, der aus antiimperialistischen Zusammenhängen kommt, eine Hausdurchsuchung wegen angeblicher Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole (§§ 90a, 74 StGB, 111b, 111m und 111n StPO) statt. Vorwand war ein Ende September/Anfang Oktober 1992 verteiltes Flugblatt „18.10.77 — Wir werden Euch nicht vergessen".

Im Durchsuchungsbeschluß wird behauptet, „die Ausführungen in diesem Flugblatt enthalten Behauptungen, verschiedene RAF-Gefangene seien im Auftrag des Staates ermordet worden; dies stellt eine Verunglimpfung des Staates gemäß § 90a Abs. 1 StGB dar." Die Durchsuchung begann um 7 Uhr und endete ca. 8.30 Uhr. Durchsucht wurden sämtliche Zimmer von H. sowie Bad und Keller. An der Durchsuchung beteiligt waren vier Beamte des Staatsschutzes sowie zwei Streifenbeamte und die Staatsanwältin Reich.

Abgesehen hatten es die Staatsschutzbeamten hauptsächlich auf Schriftliches: Ordner, Broschüren, Zeitungen, Aufzeichnungen zu Gefangenen und der Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen, RAF/Front-Diskussion, Briefe von und an Gefangene, aber auch zu Palästina und Kurdistan.

Nach eineinhalbstündiger Durchsuchung hinterließen sie ein heilloses Chaos und beschlagnahmten ein Flugblatt sowie einen Gummiknüppel.

Anschließend wurde H. unter Drohung der unmittelbaren Anwendung von Zwang zur ED-Behandlung (erkennungsdienstliche Behandlung) auf die Staatsschutz-Wache gebracht. Hier wurde eine äußerst gründliche (sog. große) erkennungsdienstliche Behandlung durchgeführt. Begründet wurde die ED-Behandlung mit „kriminalpolizeilichen Erkenntnissen", da zu erwarten sei, daß weitere „strafbare Handlungen" begangen würden. Sie verwiesen in diesem Zusammenhang auf laufende Verfahren.

Vorläufige Einschätzung

Aus mehreren Gründen gehen wir davon aus, daß das eingeleitete Verfahren wg. § 90a lediglich ein Vorwand für die Durchsuchung und ED-Behandlung war:

— Das Flugblatt war presserechtlich gekennzeichnet mit dem Namen von H.

— Verteilt wurde es knapp ein halbes Jahr zuvor.

— H. arbeitet seit über 10 Jahren zu den politischen Gefangenen und in antiimperialistischen Zusammenhängen, was dem Staatsschutz auch bekannt ist. Von neuen Erkenntnissen im Zusammenhang mit der Durchsuchung und ED-Behandlung kann daher keine Rede sein.

— Die Dauer und Intensität der Durchsuchung sprechen eher für eine Ausforschung von Material und Örtlichkeit, als für die „Auffindung von Beweismitteln".

— Es wurden von beiden Zimmern mehrere Fotos gemacht.

— Die ED-Behandlung wurde allgemein und nicht mit dem Grund der Durchsuchung begründet.

Da ein Staatsschutzbeamter auch danach fragte, ob ein gerade auf Reststrafe entlassener Genosse (Carlos Grosser) sich noch im Haus befinde, kann davon ausgegangen werden, daß der Durchsuchung eine gezielte Observation vorausging.

Unserer vorläufigen Meinung nach richtet sich dieser Angriff gegen die Aktivitäten von H. zu den politischen Gefangenen und den Versuch, eine gemeinsame Diskussion über Perspektiven revolutionären Widerstands unter den veränderten Bedingungen zu organisieren. Wir halten es für notwendig, dies öffentlich zu machen, da weitere polizeiliche Maßnahmen zu befürchten sind und dies gleichzeitig ein Indiz dafür ist, daß der Staatsschutz wieder offener gegen Menschen, die sich solidarisch zu politischen Gefangenen verhalten, vorgeht.

Heidelberg im Februar 1993, Bunte Hilfe und ZL-Ini

Ergänzung

Außer bei H. fand am gleichen Tag noch eine Durchsuchung eines linken Buchladens statt. Dieser Buchladen fungierte auch als Postadresse für die ZL-Ini. Gegen den Buchhändler wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, aber bereits eine Woche später wieder eingestellt.

Gegen H. wurde am 16.2. Anklage vor dem Amtsgericht erhoben. In der Anklageschrift heißt es u.a., daß mit solchen von feindlicher Gesinnung getragenen Behauptungen der BRD als anerkanntem Rechtsstaat unrechtsstaatliches Verhalten vorgeworfen worden sei. Dadurch werde die BRD in ihrer Eigenschaft als freiheitliche, repräsentative Demokratie herabgewürdigt und als Unrechtsstaat abqualifiziert. Durch die Verbreitung von Schriften derartigen Inhalts habe H. die BRD und ihre verfassungsgemäße Ordnung beschimpft und böswillig verächtlich gemacht.

Spanien: Jede Woche Verlegungen

Hallo, ich habe den Brief der Angehörigen an die Angehörigen der politischen Gefangenen in Spanien im letzten Info gelesen; Anstoß für mich, mich endlich mal hinzusetzen und etwas zum Thema beizusteuern.

Seit etwas über einem Jahr bin ich befreundet mit Manuel Parodi Muñoz, der seit Mitte 1979, also seinem 19. Lebensjahr, wegen Mitgliedschaft bei den GRAPO Gefangener des spanischen Staates ist. Zur Zeit befindet er sich in Orense. Letzten Monat konnte ich ihn zum ersten Mal besuchen; ein Besuch, dem ein monatelanges Hin und Her vorausging ...

Briefe auf spanisch dauern im Schnitt zwei bis drei Wochen; seine erreichen mich manchmal in obskurer Reihenfolge, manchmal sind die Umschläge nicht geschlossen. Alles, was auf deutsch oder einer anderen Sprache geschrieben ist, auch bereits veröffentlichte Sachen, werden nach Madrid geschickt und erreichen ihn, wenn überhaupt, ungefähr drei Monate später ... Birgit, Berlin

Aus einem Brief vom 31.1.93 von Manuel Parodi Muñoz:

... Und zu Deiner Frage, ob sie mich immer noch jede Woche in eine andere Zelle verlegen: ja, und zwar seit März vorigen Jahres. Vorher (nachdem sie mich aus dem Krankenhaus geholt haben) haben sie mich ungefähr einmal pro Monat verlegt. März letzten Jahres, nach der Flucht in Granada (die Flucht war nur ein Vorwand, weil es immer Fluchten gegeben hat, und die anderen Gefangenen verlegen sie nicht wie uns), haben sie begonnen, mich jede Woche zu verlegen. Das machen sie in allen Gefängnissen mit allen politischen Gefangenen: Es ist eine dieser Anweisungen aus Madrid, in diesem Fall, daß wir uns nicht langweilen, wenn wir immer dieselben Wände anstarren. Wie Du sehen kannst, also eine sehr humanitäre Maßnahme. Habe ich Dir erzählt, daß ich nun vier Stunden auf den Hof kann? Ja, ich kann jetzt vier Stunden jeden Tag auf den Hof und mich mit den Pflanzen unterhalten. Zwei vormittags und zwei nachmittags. Und dienstags vormittags, statt in den Hof zu gehen, kann ich in den Sportraum. So kann ich mit anderen Leuten sprechen und ein bißchen Spanisch üben, damit ich es nicht ganz vergesse. Nicht schlecht, oder? Eine oder zwei Stunden Sprechen pro Woche. Sprechen und Sport, denn ich kann mich nur ein bißchen unterhalten, während wir Gymnastik machen ...

Dhoruba bin-Wahad bleibt frei! Am 22. 12. 92 wurde durch ein New Yorker Gericht entschieden, daß Dhoruba bin-Wahad nicht wieder in den Knast muß, d. h. die Entscheidung des Richters vom April 1990, daß er 20 Jahre unschuldig im Knast gesessen hat, ist bestätigt worden. Die Staatsanwaltschaft hat gegen das neue Urteil Berufung eingelegt, und Dhoruba und die GenossInnen in New York sind erstmal ziemlich erleichtert über das neue Urteil.

Haftbedingungen von Mumia Abu-Jamal verbessert. Seit Mitte Januar ist die Disziplinarhaft bei Mumia Abu-Jamal aufgehoben. Mumia hatte die letzten sechs Jahre zusätzlich zum Todestrakt noch Disziplinarhaftbedingungen, weil er sich weigert, seine Dreadlocks abzuschneiden. Jetzt befindet er sich wieder im „normalen" Todesstrafenvollzug. Das heißt, daß er eine begrenzte Anzahl von Telefonaten mit seinen Angehörigen hat, daß er mehr Besuchszeit hat, daß er Radio und TV auf der Zelle haben kann und daß er Bücher und Zeitschriften erhalten darf — alles Sachen, die ihm in der Disziplinarhaft verwehrt wurden. Die Einschätzung von Mumias UnterstützerInnen zu dieser Veränderung ist, daß die Entscheidung dafür auf der Ebene des Gouverneurs getroffen wurde, um die Öffentlichkeit, die es zu seinem Fall gibt, abzuwiegeln und nach außen hin zu demonstrieren, daß es keine Sonderhaftbedingungen für ihn gibt. Außerdem ist diese Entscheidung wahrscheinlich auf die Unterstützung von außen zurückzuführen, die die Todesstrafengefangenen in Mumias Knast nach ihrer Petition gegen die Verschärfung ihrer Haftbedingungen erhalten haben. Die Verbesserungen von Mumias Haftbedingungen sind aber nur ein winziger Schritt. An der Tatsache, daß der Gouverneur jederzeit seinen Hinrichtungsbefehl unterschreiben kann, hat sich nach wie vor nichts geändert.

Mumia freut sich über Post: Mumia Abu-Jamal, AM-8335, Drawer R, Huntingdon SCI, Huntingdon, PA 16652.

Tim Blunk wieder verlegt. Tim Blunk, Gefangener aus dem weißen antiimperialistischen Widerstand, ist im November aus dem Hochsicherheitsknast von Marion (Illinois) nach Lewisburg in Pennsylvania verlegt worden. Dort kann er mit mehreren politischen Gefangenen aus dem schwarzen Widerstand und der puertoricanischen Unabhängigkeitsbewegung zusammenkommen.

Tim Blunk, ≠ 09429-050, FCI Lewisburg, P. O. Box 1000, Lewisburg, PA 17837.

Unterstützt Sundiata Acoli! 1973 wurde Sundiata Acoli, ein ehemaliger Black Panther, zusammen mit Assata Shakur nach einem Schußwechsel auf der New Jersey Stadtautobahn gefangen genommen. Dabei wurde der Genosse Zayd Shakur und ein Polizist der New Jersey Nationalgarde getötet.

Nach einem Prozeß, der in den Medien große Aufmerksamkeit erhielt, wurden Sundiata und Assata zu lebenslanger Haft verurteilt. Sundiata wurde in den Hochsicherheitsmännerknast von New Jersey, Trenton State Prison, verlegt. Dort wurde er fünf Jahre lang in einer Isolationszelle festgehalten, die kleiner als der vorgeschriebene Raum für einen Schäferhund war. Danach wurde er heimlich in den 2 000 km ent-

Neues über Anhörungen, Verlegungen und Haftsituationen in den USA

Barbara Kistler ist im Kampf gefallen

Barbara Kistler ist Anfang Februar im Kampf für die kommunistische Revolution in den Bergen von Türkei / Kurdistan im Gefecht gefallen.

Seit über 20 Jahren kämpfte Barbara in der kommunistischen Bewegung. *„Ich lebe für den Sozialismus"*, erklärte sie schon als 18jährige Anfang 1974 in einem langen Interview gegenüber der Zeitschrift *POP.* Die entscheidende Rolle der revolutionären Gewalt für die Befreiung des Proletariats war ihr von Anfang an klar, und ihre damalige engagierte Stellungnahme hat nichts an Richtigkeit und Aktualität eingebüßt. *„Durch die Konfrontation mit der Polizei wurde ich schon früh mit der Frage der Gewalt konfrontiert. Ich glaube, daß man da zuerst einmal von der Gewalt zu sprechen hat, die die Gesellschaft anwendet, um aus Kindern sogenannte Bürger zu machen. Oder jene Gewalt, die gebraucht wird, um zu verhindern, daß Jugendliche und Arbeiter ihre Interessen verteidigen. Denkt nur an Chile. Dort versuchte die Arbeiterbewegung mit demokratischen Mitteln eine gerechtere Gesellschaft zu verwirklichen. Eine Gesellschaft, in der sich nicht nur die Reichen sattfressen können. Die Kapitalisten und ihre Generäle, die ihre Privilegien bedroht sahen, schreckten vor nichts zurück. Die Arbeiter wurden in KZs gesteckt, gefoltert und zu Tausenden umgebracht. Einen Fehler haben die chilenischen Arbeiter allerdings gemacht: Anstatt sich abschlachten zu lassen, hätten sie sich auf den bewaffneten Kampf mit den Schergen der Kapitalisten vorbereiten müssen!"* (Barbara im Januar 1974)

Bereits in diesem Interview sind die Schwerpunkte ihrer künftigen Praxis angelegt. Als Kommunistin war es für Barbara klar, daß der Hauptwiderspruch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zwischen Arbeit und Kapital liegt und sich die ausgebeutete Klasse nur selber befreien kann. Ausgehend vom Bruch mit reformistischen Gewerkschaftspositionen zu neuen, revolutionären Ansätzen innerhalb der ArbeiterInnenbewegung zu kommen, war ihr von daher immer von größter Wichtigkeit. Sie engagierte sich zuerst in einer revolutionären Lehrlingsgruppe und ab 1980 im KGI. Mit dieser Gruppe führte sie u. a. den Kampf gegen den größten Verrat der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung, den Arbeitsfrieden. Über diese Praxis kam sie auch mit revolutionären türkischen Arbeiterinnen und Arbeitern mehr und mehr in Kontakt.

Ihre aktive Solidarität mit den politischen Gefangenen in Westeuropa, insbesondere mit den Gefangenen aus der RAF, bildete einen weiteren Schwerpunkt ihrer politischen Aktivitäten. Seit den ersten Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF kämpfte sie für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen. Bis zu ihrer Entscheidung, den Kampf in der Türkei / Kurdistan weiterzuführen, hat sie während langer Jahre Rolf-Clemens Wagner im Knast besucht.

Kurz nach ihrer ersten Einreise in die Türkei wurde Barbara Anfang 1991 in Istanbul von einer Spezialeinheit der türkischen Polizei verhaftet und gefoltert. Die B. sind allerdings am revolutionären Bewußtsein von Barbara gescheitert: Sie hat kein Wort mit ihnen gesprochen. Nach 7 Monaten Knast im Gefangenenkollektiv von Bayranbassa wurde sie provisorisch entlassen.

Dieser Einschnitt änderte aber nichts an Barbaras Bestimmung, ihren Beitrag für die kommunistische Weltrevolution in der Türkei / Kurdistan zu leisten.

In unserem Kampf lebt sie weiter!

(von Genossinnen und Genossen aus der Schweiz)

fernten berüchtigten Isoknast für Männer nach Marion, Illinois, verlegt. Marion ist ein Gefängnis der Bundesregierung, und Sundiata wurde nach Marion gebracht, obwohl er in New Jersey verurteilt worden war. Bei seiner Ankunft in Marion wurde festgestellt, daß er sich in Trenton eine schwere Tuberkuloseinfektion zugezogen hatte. Trotzdem wurde Sundiate die nächsten acht Jahre in Marion dreiundzwanzig Stunden pro Tag in einer Isolationszelle eingeschlossen, die nur ein Steinbett, eine Kloschüssel und ein Waschbecken enthielt. 1987 wurde Sundiata dann nach Leavenworth, Kansas, in den Normalvollzug verlegt.

In Leavenworth hat Sundiata zwei Collegeabschlüsse gemacht und keinerlei Disziplinarverstöße gehabt. Außerdem hat er in den letzten fünf Jahren sieben Tage pro Woche gearbeitet. Sundiata wird jetzt nach zwanzig Jahren Knast seine erste Anhörung für eine vorzeitige Entlassung auf Bewährung (Parole-Hearing) haben. Obwohl Sundiata keinerlei Verstöße gegen die Knastordnung begangen hat, plant die Bewährungskommission von New Jersey, ihm die Entlassung auf Bewährung zu verweigern und seinen nächstmöglichen Anhörungstermin (und damit auch Freilassungstermin) auf das Jahr 2003 festzusetzen. Für Sundiata, der inzwischen 56 Jahre alt ist und immer noch Tuberkulose hat, würde das die Todesstrafe bedeuten.

Schreibt der Bewährungskommission und fordert Sundiatas sofortige Freilassung mit einem kurzen Text, z. B.:

We demand, that Sundiata Acoli (Clark Squire, ≠ 54859) should be released at his parole hearing. We are concerned about his health and that fact that he has been held in prison for more than 20 years. He should be given his freedom immediately.

Wichtig ist, daß Ihr Sundiatas früheren Namen wie oben in Klammern setzt. Die Briefe / Petitionen sollten an die folgende Adresse geschickt werden: The New Jersey State Parole Board, CN-862, Trenton, NJ, 08625, USA, Tel. 69-292-4257, und eine Kopie an: Sundiata Acoli Freedom Campaign, P.O. Box 538, Manhattan Stn., Harlem, NY 10027, USA.

Und schreibt an Sundiata: Sundiata Acoli, ≠ 39794-066, P.O. Box 1000, Leavenworth, KS, 66048, USA.

Politische Gefangene in Chile

Der nachfolgende Beitrag stammt von Jorge, einem ehemaligen politischen Gefangenen aus Chile. Seit 1970 war er im MIR organisiert, ging dann 1979 ins Exil und kehrte eineinhalb Jahre später wieder nach Chile zurück. 1983 wurde er verhaftet und der Beteiligung an dem Attentat auf Carol Urzùa, dem militärischen Befehlshaber Santiagos, beschuldigt. Von 1983 bis 1992 war er in Chile im Gefängnis, wobei er einer derjenigen politischen Gefangenen war, die zwischen 1984 und 1987 von der Todesstrafe bedroht waren. Im November 1992 wurde er unter der Bedingung, Chile zu verlassen und nach Belgien ins Exil zu gehen, freigelassen und lebt seitdem in Belgien.

Die chilenische Wirklichkeit ist, sogar aus Sicht eines unparteiischen Betrachters, ernüchternd. Vor zweieinhalb Jahren wurden durch Volksabstimmung eine Regierung und parlamentarische Vertreter gewählt. Große Mehrheit erzielten solche politischen Sektoren, die vorgaben, für die Verteidigung der Menschenrechte, für Gerechtigkeit und Würde einzutreten, nach denen große Teile des Volkes verlangten. Inzwischen ist klargeworden, daß die Wirklichkeit dem, was während der Diktatur unter Pinochet geschah, wenig zu neiden hat.

Von über 300 politischen Gefangenen nach Regierungswechsel befinden sich in den chilenischen Gefängnissen noch immer 27 politische Gefangene, die wegen ihrer Teilnahme am Widerstand gegen die Pinochet-Diktatur verhaftet wurden. Das Parlament hat den Präsidenten der Republik, Aylwin, befähigt, diese politischen Gefangenen zu begnadigen, Aylwin selbst hat sich öffentlich dazu verpflichtet, sie freizulassen. Trotzdessen ist die Realisierung ihrer Freilassung bisher ein langsamer und mühsamer Prozeß gewesen.

Innerhalb des demokratischen Parteienbündnisses (der „concertación"), das selbst versicherte, gegen die Diktatur zu kämpfen, erinnert sich heute schon fast niemand mehr daran, daß die politischen Gefangenen dasselbe Ziel hatten. Heute sind diese Leute besorgt, weil die politischen Organisationen, aus denen die politischen Gefangenen kommen, weiter gegen den Repressionsapparat kämpfen. Es ist schließlich derselbe Apparat wie unter der Diktatur. Dieser Umstand führt zu Streitigkeiten hinsichtlich der Freilassung der politischen Gefangenen und verzögert diese zumindest. Die politische Klasse kümmert sich heute darum, das Kontingent und die Geldmittel für die Polizeikräfte zu erhöhen. (Diese sollen zwischen 1990-1994 um 20 % heraufgesetzt werden.) Die politische Klasse ist heute damit beschäftigt, neue Apparate des Geheimdienstes und zur Kontrolle der Bevölkerung einzurichten. Es wurde um die Kontrolle der diversen schon existierenden Geheimdienstorgane über andere Machtbereiche gestritten.

Die Unterstützung außerparlamentarischer Parteien (PC, Kommunistische Partei; FAI, Frente amplio de la Izquierda usw., zusammengeschlossen im MIDA, Movimiento de Izquierda Democrática Allendista), die eine Linie der Unterstützung der politischen Gefangenen aufrechterhalten haben, ist bisher nicht standhaft und wenig kontinuierlich gewesen. Das Hauptaugenmerk und der Kern der Ideen, auf den sie ihre Politik gründen, sind darauf gerichtet, Teil der gegenwärtigen Institutionalität zu sein, und sie können deshalb keinen antagonistischen Charakter zu ihr haben. Ihre Kritik an der Regierung hinsichtlich des Problems der politischen Gefangenen ist diesem Hauptinteresse untergeordnet; ein Interesse, das nicht unbedingt mit den Interessen im Kampf für die Freilassung der politischen Gefangenen übereinstimmen muß.

Jedoch ist dies alles nicht mehr als das äußere Erscheinungsbild eines Grundproblems. Um ihre Widersprüche zu lösen, kamen die Pinochet-Diktatur und die oppositionellen Sektoren zu der Übereinkunft, Wahlen stattfinden zu lassen. Die Linke ordnete sich unter, und es ging vornehmlich um die Vergabe einiger Posten in der staatlichen Verwaltung. Damit sorgten sie für die Kontinuität der von Pinochet errichteten Institutionalität, d.h. einer exportorientierten und auf den freien Markt strebenden Wirtschaftspolitik, einer gegen das Volk gerichteten, repressiven und aufstandsbekämpfenden Institutionalität. Sie legitimierten die Streitkräfte als Garanten dieser Institutionalität. Für die Menschen bedeutet es die Kontinuität des Elends und der extremen Armut, von der heute fast 40 % der Bevölkerung betroffen sind.

Diese Situation konnte von den revolutionären Organisationen, die sich unter dem Schutz der Volkssektoren aufbauten, nicht akzeptiert werden. So wie es die institutionelle Kontinuität gibt, gibt es eine Kontinuität auch in ihrer Bekämpfung.

Mehr als 600 Menschen sind während der Regierung Aylwin verhaftet worden. Ihnen werden Prozesse wegen Teilnahme an Aktionen gegen die Institutionalität gemacht. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sitzen 180 Menschen als politische Gefangene der Länge des Landes nach in Knästen ein. Für sie hat sich das politische Panorama des Landes wenig verändert. Ungefähr 25 Menschen sind in Konfrontationen mit der Polizei getötet oder einfach exekutiert

worden. Alle politischen Gefangenen wurden gefoltert, viele der politischen gefangenen Frauen vergewaltigt. Vielen wurde der Prozeß gemacht, oder sie wurden aufgrund von unter der Folter gemachten Erklärungen verurteilt. Das passiert in einem Land, das verschiedene internationale Abkommen und Verträge in puncto Menschenrechte unterzeichnet hat. Allen voran behauptet die Regierung heute, daß in Chile nicht gefoltert werde, daß die repressiven Kräfte in Übereinstimmung mit den normalen Regeln handelten oder daß sie keinen Machtmißbrauch betrieben. Die verschiedenen Menschenrechtsorganisationen, die existierten, sind nicht mehr am Thema interessiert oder nehmen an der aktuellen Institutionalität teil. Das bedeutet, daß die politischen Gefangenen kaum noch mit Unterstützung und der Verteidigung ihrer Rechte rechnen können.

Von den Massen ist in dieser Hinsicht auch nicht viel zu erwarten. Ein großer Teil ist in Passivität und Apathie gefallen — Produkt der tiefgehenden Kehrtwendungen der politischen Parteien, die sie vertraten. Hinzu kommt, daß die Organisationsstrukturen der Massen durch andauernde und hartnäckige Repression stark angegriffen bzw. zerstört wurden und gleichzeitig die kapitalistische Entwicklung selbst die Menschen isoliert und sie von den Produktionsmitteln trennt. Jedenfalls hat diese ganze Situation ihren Tiefpunkt erreicht. Die Massen initiieren einen langsamen Reaktivierungsprozeß; die von harten Schlägen getroffenen und geschwächten revolutionären Organisationen nehmen ihre Diskussionsprozesse wieder auf und bereiten sich darauf vor, das Niveau ihrer Kämpfe anzuheben. Alle wissen doch, daß sie von der aktuellen Institutionalität nichts zu erwarten haben, außer jedoch Repression und die Wahrung der Interessen derer, die den Reichtum im Land besitzen.

Die Regierung Aylwin hatte alle Möglichkeiten, den Weg für einen Friedens- und wirklichen Demokratisierungsprozeß zu ebnen. Stattdessen zog sie es vor, die egoistischen Interessen der herrschenden Kräfte zu verteidigen.

Verbunden mit einer tiefgehenden Reflexion über die erlittenen Niederlagen sind die Erfahrungen der revolutionären Organisationen ausreichend, damit eine oder mehrere unter ihnen wieder Initiative ergreifen.

Unterdessen scheint der Berührungspunkt aller, die für die Freiheit kämpfen, die Solidarität und die aktive Unterstützung des Kampfes um die bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen ohne deren Diskriminierung zu sein.

Jorge Palma D., Januar 1993, Brüssel

Eine Veranstaltung mit Jorge wird es Mitte März in Hamburg geben.

Aufruf für die sofortige Freilassung der Beechmount 5 in Belfast

Im Mai 1991 wurden 6 Jugendliche aus dem Beechmount-Viertel in West-Belfast von der nordirischen Polizei RUC (Royal Ulster Constabulary) unter der Notstandsgesetzgebung festgenommen. Die Notstandsgesetze ermöglichen ein Festhalten für bis zu 7 Tage, ohne daß ein Gericht eingeschaltet werden muß, was u. a. vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und von Menschenrechtsorganisationen verurteilt wurde.

In dem berüchtigten Verhörzentrum Castlereagh wurden die Jugendlichen von etwa 8 Uhr morgens bis 12 Uhr nachts verhört und gefoltert. Ihnen wurde u. a. auf Kopf, Kehle, in die Achselhöhlen und in die Hoden geschlagen, es wurde ihnen gedroht, sie zu erschießen oder sie loyalistischen Todesschwadronen zu übergeben. In Nordirland herrscht eine Situation, in der diese Drohungen durchaus real sind. Wie eine offizielle Untersuchung feststellte, haben die nordirische Polizei RUC und die nordirische Einheit der britischen Armee UDR (kürzlich aufgrund ihres schlechten Rufes umbenannt in „Royal Irish Regiment") Daten von über 1000 Oppositionellen an die loyalistischen Todesschwadrone weitergegeben. Zahlreiche AktivistInnen, beispielsweise VertreterInnen der legalen Partei Sinn Féin, wurden erschossen.

Unter der Folter haben 5 der 6 Jugendlichen (Liam Coogan, Kevin Mulholland, Mark Prior, Laurence Hillick und Jim McCabe), die mittlerweile als „Beechmount 5" bekannt sind, „Geständnisse" unterschrieben. Ihnen wurde ein Angriff der IRA auf eine Patrouille der RUC vorgeworfen, an dem sie nicht beteiligt waren. Es gibt keinerlei Beweise, die ihre Inhaftierung rechtfertigen würden. Im Gegenteil: sie können sogar Alibis für die in Frage kommende Zeit vorlegen. Trotzdem sitzen sie seit über eineinhalb Jahren in dem berüchtigten Belfaster Untersuchungsgefängnis Crumlin Road.

Der sechste, Damien Austin, unterschrieb trotz brutaler Mißhandlung kein „Geständnis". Er mußte aufgrund internationaler Proteste und einer „Urgent action" von amnesty international aus dem Verhörzentrum Castlereagh entlassen werden.

In den letzten Jahren hat die RUC wiederholt systematisch Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 17 bis 21 Jahren unter dieser Notstandsgesetzgebung festgenommen, in Verhörzentren psychisch und physisch mißhandelt und „Geständnisse" aus ihnen herausgeprügelt.

Auch ist die britische Regierung wegen der Folter in nordirischen Verhörzentren vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt worden, was sie jedoch nicht weiter kümmert.

Es steht zu befürchten, daß die „Beechmount 5" von den in Nordirland operierenden Sondergerichten, den sogenannten „Diplock-Courts", zu mehr als 20 Jahren, einige möglicherweise zu lebenslänglich verurteilt werden. Diese Sondergerichte bestehen aus nur einem (sorgfältig ausgewählten) Richter — ohne die sonst üblichen Geschworenen. Die Prozesse — sofern mensch sie überhaupt so nennen kann — werden voraussichtlich Anfang 1993 beginnen.

Kampagne für die sofortige Freilassung

In Irland gibt es eine Kampagne zur sofortigen Freilassung der „Beechmount 5". Es geht darum, nicht wie im Falle der „Birmingham 6" 16 Jahre zu warten, bevor sich viele Menschen gegen derartige Ungerechtigkeiten zur Wehr setzen, sondern jetzt — auch international — aktiv für ihre Freilassung einzutreten.

Irland-Gruppe Freiburg

Schickt **Protestbriefe** an den britischen Nordirlandminister: To the Secretary of State for N. Ireland, Northern Ireland Office, Whitehall, London SWIA 2AL, England, und die deutsche Version des Briefes an den britischen Botschafter in der BRD: Britische Botschaft, Friedrich-Ebert-Allee 77, 5300 Bonn 1.

Prozeßtermine

Prozeß gegen Ralf und Knud

Der nächste Termin im Prozeß gegen Ralf Gauger und Knud Andresen vor dem Landgericht in Itzehoe ist am 1.3., um 9.30 Uhr. An diesem Tag wird die Verteidigung ihre Plädoyers halten und Ralf und Knud ihr Schlußwort. Die Staatsanwaltschaft hat mittlerweile selbst Freispruch für die beiden beantragt!

Prozeß gegen Klaus Croissant

Die nächsten Termine im Prozeß gegen Klaus Croissant vor dem Kammergericht Berlin, Witzlebenstr. 4-5, Saal 210, sind am 3./4.3., 10./11.3., 17./18.3., 24./25.3., 31.3./1.4., Beginn jeweils 9 Uhr.

Christian Zwettler und Stefan Klinthøj in Dänemark verurteilt

Am 12.1.93 wurde Stefan Klinthøj in Kopenhagen zu drei Jahren und der aus Bonn stammende Christian Zwettler zu dreieinhalb Jahren Knast verurteilt. Beiden wurde bewaffneter Bankraub zur Last gelegt; die Urteile ergingen allerdings nur aufgrund von Indizien, die mit einer politischen Hetzkampagne gegen die beiden in den Medien begleitet wurden (siehe *Angehörigen Info* 101, 103 und 106). Im Bereich des Strafmaßes ist das Urteil damit eines der härtest möglichen, was außer der politischen Intention wohl auch mit der Weigerung der beiden Antiimperialisten, mit den Richtern und Staatsanwälten zu reden, zusammenhängt. Die beiden fordern nach wie vor ihre Zusammenlegung. Sie sind mittlerweile in Knäste in verschiedenen Städten verlegt worden. Ihre neuen Adressen: Stefan Klinthøj, Roskilde Arrest, DK-4000 Roskilde; Christian Zwettler, Helsingør Arrest, DK-3000 Helsingør. (d. Red.)

Überfall auf die Gefangenen im Gefängnis Diyarbakir, Türkei

Aufgrund einer heute mittag (12.2.) eingegangenen telefonischen Meldung des Menschenrechtsvereins in Diyarbakir/Türkei teilen wir folgendes mit:

Am 9.2.93 wurde von den militärischen Kräften, die die Kontrolle über das Gefängnis der Staatssicherheit in Diyarbakir haben, ein Überfall auf die dort inhaftierten Gefangenen unternommen; sie befanden sich in einem Solidaritätshungerstreik mit den kurdischen Parlamentariern in Brüssel, die dort seit dem 24.1.93 vor europäischen Gremien gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei protestieren.

Bei dem Überfall der Sicherheitskräfte auf das Gefängnis in Diyarbakir wurden 202 Gefangene veletzt, 69 von ihnen schwer. Unter den Verletzten befindet sich auch Stephan Waldberg, freier Mitarbeiter von Radio Dreyeckland in Freiburg.

Anschließend an den Überfall wurden weitere Repressalien gegen die Gefangenen verhängt, u.a. wurde verboten, daß BesucherInnen ihnen Verpflegung mitbringen können, daß nur noch alle 15 Tage Besuch stattfindet. Die selbstgewählte Gefangenenvertretung — als Errungenschaft von langen Kämpfen im Gefängnis — wurde abgeschafft, die einzelnen Gefängnisabteilungen sind untereinander nunmehr isoliert.

Dies war bereits der zweite Überfall in kurzer Zeit auf das Gefängnis in Diyarbakir, am 3.2. war bereits ein ähnlicher Angriff auf die Gefangenen gestartet worden. Auch auf das Gefängnis in Mardin kam es Anfang Februar zu einem derartigen Überfall.

Der Protest ist zu richten gegen den Chef der Sicherheitsbehörde, Tel. 0090-83-21-56-11, oder den Regionalgouverneur, Tel. 0090-83-226194 (in Diyarbakir).

Freiburg, 12.2.93. Radio Dreyeckland

Termine

Antirassistische antifaschistische Aktionswoche, Frankfurt 27.2.-7.3.

26.2., ab 18 Uhr, Dritte Welt-Haus, Westerbachstr. 40, Fest mit Musik und Spezialitäten.

27.2., ab 10 Uhr, Bergerstr./Höhenstr. (U-Bahn-Station), Infostand gegen Rassismus von Gruppen im Dritte Welt-Haus; 11-13 Uhr, Ladengalerie/Bockenheimer Warte, Antirassistischer Infostand; ab 16 Uhr Cafe Exzess, Leipzigerstr. 91, Bockenheim, Auftaktkonzert.

28.2., 12-18 Uhr, KOZ/Uni-Campus, „Aktion kollektiver Stimmenabtritt"; 19.30 Uhr, Uni, Hörsaal 5, Podiumsdiskussion zum Thema „Keine Kriminalisierung von Antifaschisten und Antifaschistinnen! Freilassung von Gunther!"

1.3., ab 17 Uhr, „Entfernen wir gemeinsam rassistische, sexistische und faschistische Sprüche!", Treffpunkte: Bockenheimer Warte, Südbahnhof für Sachsenhausen; 19 Uhr, Antifa-Café im JUZ Südbahnhof (Diesterwegplatz) mit einem Film über die „Republikaner".

2.3., 15-18 Uhr, Ladengalerie in Bockenheim, antirassistischer Infostand; 19 Uhr, Studentenhaus in der Uni, Raum 203, Veranstaltung „Prinzip Apartheid — auch hier?" Fotoausstellung und Diavortrag über Südafrika; ab 21 Uhr, KOZ, „Anti-Wahl-Fete".

3.3., 17.30 Uhr, Südbahnhof, Antifaschistische Demonstration durch Sachsenhausen; 20 Uhr, Veranstaltung „Rassismus und Widerstand in den USA: Das andere Amerika" (siehe Extra-Termin unten).

4.3., 11-13 Uhr, Ladengalerie Bokkenheim, antirassistischer Infostand; 17-22 Uhr, Kundgebung am Römer „Gleiche Rechte und Bleiberecht für alle!"

5.3., 13-18 Uhr, Antifa-Café im JUZ Heideplatz (Bornheim), Scheidswaldstr./Ecke Heidestr.; 20 Uhr, Bürgerzentrum Schwalbach/Limes, Veranstaltung zu Fluchtgründen.

6.3., 11 Uhr, Schwalbach/Limes, Marktplatz (Bahnhof), Antirassistische/antifaschistische Demonstration; 11-13 Uhr, Bockenheim, antirassistischer Infostand; 18 Uhr, JUZ Bockenheim, Varrentrappstr. 38, Video „... die andere Seite des Lebens"; 19 Uhr, FH/Nibelungenplatz, Abschlußfest (Eintritt: 5DM).

7.3., „Rummel am Römer".

Bonn. 2.3., 19 Uhr, Mensa Nassestraße, 1. Stock, Informationsveranstaltung „Gegen das Vergessen" über den Prozeß gegen Gerhard Bögelein.

Frankfurt. 3.3., 20 Uhr, Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen, c/o Weißes Haus, 3. Stock, Heddernheimer Landstr. 155 (erreichbar mit der U1, Station Heddernheimer Landstr.), Veranstaltung zu Rassismus und Widerstand in den USA: Das andere Amerika.

Bielefeld. 7.3., Frauen-Knastkundgebung zum internationalen Frauenkampftag, Treffpunkt und Abfahrt: 13 Uhr Frauenkulturzentrum (vorher Frühstück), Kundgebung um 14 Uhr. Kontakt: Frauenplenum, c/o Frauenkulturzentrum, Am Zwinger 16, 4800 Bielefeld, Tel.: (0521) 68667.

Die im letzten Angehörigen Info *bereits angekündigte Veranstaltung in Mainz mit Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten der Gefangenen findet am 20.3. statt.*

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe: 5.3.1993

Impressum

Herausgeber: Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postlagerkarte 050205, 6230 Frankfurt/M. 80. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung in Schleswig-Holstein/Hamburg m.b.H., Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76. **V.i.S.d.P.:** Achim Falk. **Redaktionsanschrift und Bestellungen:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: (040) 2204278, Fax: (040) 2297419. Einzelpreis: 1,20 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 28,60 DM, ein Halbjahresförderabonnement 39 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 0,75 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto: Hamburger Sparkasse, BLZ 20050550, Konto-Nr. 1330/110055. — Druck: Eigendruck im Selbstverlag.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Spendenkonto der Angehörigen: O. Becker, Postgiro Berlin West, BLZ 10010010, Kt.-Nr. 448630-102.